

Bezugpreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50.
Durch die Post im Orts- und Ober-
amtsbezirk, sowie in sonstigen In-
lands-Verkehr RM. 1.50 mit
Postzuschlag. Preise freier-
hand. Preis einer Nummer 10 Pf.
In allen höheren Bezugsbereichen
ein Aufschlag auf Lieferung der
Zeitung oder auf Wiederholung
des Bezugpreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
stellen, sowie Agenturen und
Quartiersstellen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Postfach Nr. 24 bei der Oberamts-
Spargasse Neuenbürg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reich'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Dießinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Dießinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile ober-
halb des Raums 20 Pf., Restansätze
40 Pf., Restansätze 100 Pf.,
Zuschlag. Offerte und Kostent-
stellung 20 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Nachvertrages hinfallig
wird, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Rech-
nungsdatum erfolgt. Bei Tarif-
änderungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtstand für beide Teile ist
Neuenbürg. Für teure Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahm-
en der Sonn- und Feiertage.

Nr. 90 Dienstag den 19. April 1932 90. Jahrgang

Herabsetzung der Rüstungen in Etappen?

Botschafter Radoln auf der Abrüstungskonferenz

Genf, 18. April. Der Hauptauschuss der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag seine Beratungen über Artikel 1 des Konventionentwurfes fortgesetzt und zwar durch eine Aussprache über die Frage, ob das Konferenzziel in einer einzigen Konferenz erreicht oder in Etappen verwirklicht werden soll. Präsident Henderson erklärte, daß bei dieser Gelegenheit auch der deutsche Antrag über den Grundlag der Rüstungsabsetzung auf ein möglichst niedriges Niveau erörtert werden könne.
Als erster Redner gab Botschafter Radoln folgende Erklärung zu der deutschen Forderung auf Herabsetzung der Rüstungen ab: Der Grundlag der Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß ist bereits in den deutschen Abrüstungs-entwürfen aufgeführt worden unter Hinweis auf die von Deutschland bereits erklärte Entlassung. Die deutsche Regierung hat in ihren Vorschlägen die besten Methoden zur Erreichung dieses Zieles dargelegt. Die deutsche Forderung stützt sich auf zwei Punkte: In der gegenwärtigen Lage muß jetzt ein entscheidender Schritt in der Richtung der Herabsetzung der Rüstungen gemacht werden. Seit Jahren haben die Vertreter Deutschlands nicht aufgehört, zu erklären, daß eine bedeutungsvolle Abrüstung oder eine Scheinabrüstung oder auch eine Stabilisierung der Rüstungen auf der augenblicklichen Höhe in keiner Weise als eine Durchführung der Aufgaben der gegenwärtigen Konferenz angesehen werden kann. Im Geiste des Völkerbundespatentes muß die Herabsetzung der Rüstungen jetzt eine entscheidende und bedeutungsvolle Herabsetzung sein. Die deutsche Abordnung vertritt die Auffassung, daß der Artikel 8 des Völkerbundespatentes die einzig wahre Grundlage für die Methode der Herabsetzungen der Rüstungen bilde. Aus diesem Grunde glaubt Deutschland, einen rein mechanischen Grundlag der Rüstungen, wie er in den sowjetrussischen Vorschlägen dargelegt ist, nicht annehmen zu können. Zum Schluß erklärte Botschafter Radoln zusammenfassend, Deutschland erwarte es für notwendig, den Gedanken einer einfachen Beschränkung der Rüstungen auszuscheiden und mit aller Energie die Rüstungen auf das mindest notwendige Maß herabzusetzen.
Die äußerst vorläufigen Ausführungen Botschafter Radolns haben in Konferenzkreisen den Eindruck hervorgerufen, daß die deutsche Abordnung keineswegs die Absicht hat, ul-
timate Forderungen auf Anwendung der allgemeinen Ab-
rüstung entsprechend den Bestimmungen der Friedensverträge zu stellen, sondern zu Verhandlungen bereit ist, falls das Hauptziel der wesentlichen und sofortigen Herabsetzung aller Rüstungen auf dieser Konferenz erreicht wird.
Nach der Rede Radolns entspann sich eine ausgedehnte Aussprache über den von der tschechischen Abordnung eingebrachten Antrag, nach dem die Konferenz sich endgültig auf den Grundlag der stufenweisen Herabsetzung der Rüstungen festlegen soll. Auf Vorschlag Hendersons wurde zur Behandlung dieses Vorschlags ein Sonderauschuss eingesetzt.

Banterott der Gemeinden

Der Haushalt des Reiches konnte bekanntlich einigermaßen ausgeglichen werden. Dafür aber schaut es bei den Gemeinden umso schlimmer aus. Auf ihren Schultern ruht nämlich ein großer Teil der Erwerbslosenfürsorge. Sie mußten im Jahre 1931 dafür und 1,1 Milliarden RM. ausgeben und erhielten vom Reich nur 200 Millionen vergütet. In diesem Jahre dürfte die Gemeindefürsorge für die Erwerbslosen auf 1,500 Milliarden RM. aufschwellen, während gleichzeitig die Reichshilfe zurückgeht. Besonders mitgenommen werden die Arbeitslosenzentren, die Großstädte. Dr. Sohm, Oberbürgermeister von Berlin, schwärzte unmittelbar vor der Genfer Reise dem Kanzler die ungeheure Not Berlins, das mit 100 Mill. Schulden nun zusammenbräche. Anderen Städten ginge es kaum besser. Dieser jüngste Alarmruf zeigt, daß eine Reform der Gemeindefinanzen nicht mehr hinausgeschoben werden kann.
Das große Gemeindefinanzproblem begann bekanntlich, als unter Erzberger die Finanzen zentralisiert wurden. Man nahm den Gemeinden also so gut wie jegliche Finanzhoheit und beugnete sich, ihnen von den Steuergeldern des Reiches ein Taschengeld zu überweisen. Damit hörte eine gesunde Gemeindefinanz auf. Die Gemeindefinanzinitiative war gelähmt. Das Verantwortungsgefühl starb aus und die Wirtschaftskraft sog. ein. Dazu wußten die Laien. Als der preußische Finanzminister Riquel 1900 die kommunalen Zuschläge zur Einkommensteuer aufstellte, wußte er, daß diese Zentralisation äußerst wünschenswert ist und welche Folgen hier eine Zentralisation haben müsse!
Denn sehen die Gemeinden vor größten Aufgaben. Die Arbeitslosenunterstützung muß bekanntlich umgebaut werden; denn die Dreiteilung in Versicherte, Krisenverscherte und Arbeitslose läßt sich nicht mehr durchhalten. Dazu kommt noch, daß nach den jetzigen Verhältnissen des freiwilligen Arbeitsdienstes in absehbarer Zeit die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden soll. Soll nun bei der Reorganisation der Erwerbslosenunterstützung wieder das sozialistische Reichsversicherungsamt neben den Gemeinden zum Teil Doppelarbeit leisten? Soll für den erweiterten Arbeitsdienst außer der Reichsversicherung wieder eine neue Reichsanstalt und Reichszentrale entstehen, neben der die dabei unumgänglich notwendigen Gemeinden doch mitarbeiten müßten?
Zentralisation oder Dezentralisation, Lähmung der Gemeindefinanzverwaltung und der Gemeindefinanzinitiative oder Schaffung neuer Verantwortungsgebiete bei den Gemeinden, teure Verwaltung mit Doppelarbeit oder billige Verwaltung mit möglichst sach- und ortsfundiger, einfacher Arbeitsweise, das sind die Entscheidungen, die sich jetzt anbahnen.
Nachdem das Reich die Gemeinden so lange „bemuttert“ hatte — es zeigte sich dabei als rechte, böse Stiefmutter! — kann das Reich auch bei einem Umbau die Gemeinden auf einmal nicht ohne Mithilfe stehen lassen. Eine Zwischenhilfe wird nötig sein, umso mehr als bei der erweiterten Arbeitsdienstpflicht größere Aufgabentriebe vom Reich oder den Ländern wohl übernommen werden müssen. Allerdings darf diese Zentralisationspolitik nicht zu weit getrieben werden. Sie muß sich im engsten Rahmen halten!

Gewitterwolken im Fernen Osten

Moskau, 18. April. Das Volkskommissariat des Außenwesens hat, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, wegen des Mißbrauchs des Rechtes der Abwendung von Chiffre-Telegrammen bei der mandschurischen Regierung die Abberufung des chinesischen Konsuls in Blagowestschensk und seine Ersetzung durch eine andere Person verlangt. Gleichzeitig wurde die zeitweilige Einstellung der Weitergabe von Telegrammen verfügt, die von diesem Konsul ausgehen.
Die Moskauer Presse veröffentlicht folgende Meldung aus Peking: Die Verhandlungen an der ostchinesischen Eisenbahn in Charbin dauern an. Am 16. April belagerten etwa 400 Weisgardisten das Direktionsgebäude der ostchinesischen Eisenbahn, brachen die Türen auf, drangen in das Zimmer des abwesenden Gehilfen des sowjetrussischen Vorstehenden der Direktion der ostchinesischen Eisenbahn ein und durchsuchten die Papiere. Die chinesische Polizei und der Eisenbahnschutz der ostchinesischen Eisenbahn ergriffen keinerlei Maßnahmen, um diesen Überfall zu verhindern.

im ganzen 1500 Millionen chinesische Dollars oder rund 280 Millionen Reichsmark gelöst. Der Schaden an Eigentum in dem von den Japanern besetzten Gebiet beläuft sich auf 800 Millionen chinesische Dollars oder 10 Prozent des Gesamtvermögens des Eigentums. Über 800 Personen wurden getötet und 2000 verletzt. 10 400 Personen werden vermisst. 814 000 Personen oder 45 Prozent der gesamten Bevölkerung von Schanghai wurden durch die Feindseligkeiten unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen. 10 Hochschulen, 30 mittlere Schulen und 200 Volksschulen mußten geschlossen werden, wodurch 40 000 Studenten und Schüler an der Fortsetzung ihres Studiums gehindert wurden. Der durch Verwüstung und Bombardement an Schulen angerichtete Schaden beläuft sich auf über 13 Millionen chinesische Dollars. Die Geschäftstätigkeit der Banken in Schanghai war um 85 Prozent geringer als in normalen Zeiten.

Erläuterungen zum Reichsbankausweis

Berlin, 18. April. Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. April d. J. hat sich in der Woche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 151,7 Millionen auf 2456,6 Millionen RM. verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 150,0 Millionen auf 222,6 Millionen Reichsmark, die Reichsbankwechsel um 0,4 Millionen auf 3,3 Millionen RM. und die Lombardbestände um 1,3 Millionen auf 99,1 Millionen RM. abgenommen.
An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 89,0 Millionen RM. in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 83,3 Millionen auf 400,4 Millionen RM., derjenige an Rentenbanknoten um 3,7 Millionen auf 102,6 Millionen RM. verringert. Demensprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 24,6 Millionen RM. erhöht. Die fremden Gelder zeigen um 38,4 Millionen RM. eine Zunahme um 11,2 Millionen RM.
Die Bestände an Gold und bedungsfähigen Devisen haben sich um 27 Millionen auf 187,8 Millionen RM. vermindert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 19,0 Millionen auf 859,8 Millionen RM. und die Bestände an bedungsfähigen Devisen um 13,7 Millionen auf 128,0 Millionen RM. abgenommen.
Die Deckung der Noten durch Gold und bedungsfähige Devisen beträgt 24,7 Prozent gegen 25 Prozent in der Vorwoche.

Schöner Arbeitsorganisationen

Berlin, 18. April. Nach dem „Montag Morgen“ wird der Reichsinnenminister Ordner noch im Laufe dieser Woche mit der Verwirklichung der in seinem jüngsten Aufsatz angefügten Pläne von Arbeits- und Sportorganisationen zur Beschäftigung der erwerbsfähigen Jugend beginnen. Zu diesem Zweck würden Verhandlungen innerhalb des Reichskabinetts mit den Parteien sowie mit dem Stahlhelm und dem Reichsbanner stattfinden.

Russische Warnung an Japan

Moskau, 18. April. Neue Demonstrationen teilweise bewaffneter Weisgardisten gegen das Verwaltungsgebäude der Dschina-Bahn in Charbin, bei denen das Arbeitszimmer des russischen Botschafters Kuznetsov zerstört und dieser selbst auf der Straße belästigt wurde, ohne daß die Charbiner Polizei eingriff, veranlassen die Moskauer Regierungspresse, die bisherige Zurückhaltung aufzugeben und in außerordentlich scharfen Worten darauf hinzuweisen, daß hinter allen diesen Demonstrationen, ebenso wie hinter der antisowjetischen Propaganda der japanischen Presse die systematische Arbeit japanischer Militärkreise stehe. Diese verfolgten offensichtlich das Ziel, die öffentliche Meinung Japans für die weitere Ausdehnung der kriegerischen Maßnahmen über die Mandchurei hinaus vorzubereiten.

Mandschurei unter japanischem Terror

Genf, 18. April. Der frühere chinesische General Ma, der von den Japanern zum Mitglied und sogar zum Kriegsminister der mandschurischen Regierung gemacht worden war, aber von Kuden nach Sibirien entflohen ist, hat von dort der chinesischen Delegation ein Memorandum geschickt, wonach der japanische General Donjo sich in der Mandschurei wie noch nie ein militärischer Gouverneur im eroberten Land aufhält und alle anderer Meinung Verdächtige terrorisiert, verhaftet und tötet und überdies erklärt hat, daß Japan die Mandschurei um jeden Preis behalten werde, selbst um den Preis eines Krieges mit jedem anderen Staat, der etwa verstanden sollte, sich in japanische Angelegenheiten einzumischen.

Milliardenschäden in Schanghai

Kanton, 18. April. Wie der Direktor des Statistischen Amtes mitteilt, haben die Kämpfe um Schanghai China bisher

Schacht an Amerika

Berlin, 18. April. Unter Führung des früheren amerikanischen Gesandten Norris ist eine internationale Einrichtung gegründet worden, deren Mitglieder es sich zur Aufgabe gemacht haben, hervorragende Redner und Vertreter des öffentlichen Lebens sowohl diesseits als auch jenseits des Ozeans zur Erörterung von wichtigen Fragen im Rundfunk zu gewinnen. Die praktische Arbeit der Gesellschaft ist bereits am Samstag mit einer Ansprache eröffnet worden, die Reichsbankpräsident a. D. Schacht in englischer Sprache an Amerika gehalten hat. Dabei betonte er u. a., daß man jetzt eine psychologische Wandlung zum Besseren warte. Der ökonomische Wahnwitz des Krieges sei überall erkannt. Jetzt werde es immer klarer, daß die internationalen Nachkriegsverträge vielfach nur eine Verewigung dieses ökonomischen Wahnwitzes bedeuten und deshalb in diesem unhaltbar seien. Um die weitere Labmung des Geschäftes zu verhindern, werde das deutsche Volk allerdings klarere Auffassungen über seine nationalen Verantwortlichkeiten gewinnen und eine wesentlich entschiedener Linie verfolgen müssen, als dies in den letzten 15 Jahren geschehen ist. Das deutsche Volk hat zu sehr während dieser Zeit nach ausländischer finanzieller Hilfe ausgehakt und sich zu sehr auf internationale Konferenzen verlassen. Die Ausländer seien oft geneigt, in Deutschland ein Erwachen chauvinistischer und selbst militärischer Gefühle zu sehen. Nichts sei jähföhrer als dies. Die derzeitige Bewegung in der deutschen öffentlichen Meinung sei bestimmt der Ausdruck eines wachsenden Verantwortungsgefühls und des Wunsch, durch größte eigene Initiative zur Wiederherstellung der Welt und zur Wiederherstellung eines gezielten friedlichen internationalen Verkehrs beizutragen.

Detroit, 18. April. Die Maschinen- und Konstruktionsfirma Albert Kahn Inc., eine der hauptsächlichsten Förderer des Fünfjahresplanes in Rußland, gibt bekannt, daß sie ihre Beziehungen zu der Sowjetunion abgebrochen hat. Den Anlaß bildete die Währungsfrage, erklärte Norris Kahn. Die Sowjetregierung habe Mangel an Gold und wäre bereit gewesen, in russischen Rubeln zu zahlen, die aber für die Firma wertlos seien. Nach dem früheren Kontrakt, der Ende März abließ, waren die Zahlungen in Dollar erfolgt. Die Firma Kahn in Rußland war hauptsächlich für den Entwurf und die Konstruktion der Stalingrader Traktorenfabrik mit einer jährlichen Leistung von 40 000 Maschinen verantwortlich. Das Büro in Rußland beschäftigt 1000 russische Ingenieure unter der Aufsicht von 24 amerikanischen Ingenieuren der Firma Kahn.



schloßen Knisterrunden, wie auch den circa 300 Spendern, bei an dieser Stelle herzlich dankt.

Göten a. Gux, 18. April. Sängerbund und Musikvereine gaben gestern nachmittag um 7 1/2 Uhr im Saal zum ... ein gemeinsames Stuhlfestzugert zugunsten der ...

Einweihung des Bernbacher Krieger-Ehrenmals

Bernbach, 17. April. Eine ausnehmend gut gewählte ... Auserhalb der Ortsmitte, rechts der Landstraße nach ...

Die Einweihung, mehrmals verschoben, vollzog sich ... am gestrigen Nachmittage würdig und eindrucksvoll.

So hat nun die Oberwürdigkeit der Gemeinde in schweren ... Zeiten der Not ein würdiges Ehrenmal errichtet, dessen Kosten ...

Schule und Auge
Die schönste und längste Ferienzeit unserer Kleinen, die ... ersten sechs Lebensjahre des goldenen Kinderalters, ist ...

Der Frühjahr-Speisezettel
Wenn die Hausfrau im Frühjahr von den Einkäufen ... heimgeht, dann sollten in ihrer Raritätenliste nicht die ersten ...

Lebensboten fehlen in Gestalt von frischen Gemüsen und ... Salaten. Auch die mühsam ermittelte Bevölkerung, die sich schwer ...

Württemberg

Calw, 18. April. (75 Jahre alt.) Am Dienstag begeht Ober- ... präzeptor a. D. Büchle in voller Rüstigkeit seinen 75. Geburtstag.

Freudenstadt, 18. April. Generalversammlung der Gewerbe- ... bank. Die Gewerbebank schließt das vergangene Geschäftsjahr mit ...

Stuttgart, 18. April. Finanzminister Dr. Dethinger und das ... SA-Verbot. Durch Fahrlässigkeit eines Benutzers, der im Bett ...

Stuttgart, 18. April. (Vollzug des Reichswohnungsgesetzes.) Das ... Wirtschaftsministerium hat in Vollzug des Reichswohnungsgesetzes eine ...

Stuttgart, 18. April. (Ein Sparauschuss prüft den württ. Etat.) ... In einer drucknationalen Versammlung am Sonntag in Goldlorenz ...

Freibach, 18. April. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Ortsvor- ... wahlwahl erhielt Regierungsrat Dr. jur. Max Gräter von Heilbronn ...

Freibach, 18. April. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Ortsvor- ... wahlwahl erhielt Regierungsrat Dr. jur. Max Gräter von Heilbronn ...

Laupheim, 18. April. (Zur Oberämter-Aufstellung.) Der Stadt- ... vorstand hatte an die Ortsgruppen der hiesigen Parteien ein Schreiben ...

Neu-Ulm, 18. April. (In der Trunkenheit.) Ein angetrunkenen, ... 21 Jahre alter Reisender aus dem nahen Idolzheim wurde heute ...

Köhltingen, 18. April. (Schwerer Unfall im Walde.) Der Landwirt Josef Schab und seine Frau waren im ... Wald bei ...

Neu-Ulm, 18. April. (In der Trunkenheit.) Ein angetrunkenen, ... 21 Jahre alter Reisender aus dem nahen Idolzheim wurde heute ...

Schramberg, 17. April. (Leuchtende Wolken über Schram- ... berg.) Am Samstag den 9. April d. J., abends nach 11 Uhr, ... wurden von verschiedenen Personen über dem Schloßberg grell ...

Die Bank von Württemberg

Stuttgart, 17. April. Dr. Raier unterwirft im Stutt- ... garter Neuen Tagblatt die Frage der Gründung einer Bank ...

Zur Frage der künftigen Regierungsbildung

Nationalsozialistische Ziele in Württemberg
Stuttgart, 17. April. Der nationalsozialistische Landtags- ... abgeordnete Professor Mergenthaler schreibt im R.S.-Kurier ...



